Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7547

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkthätige Bevölkerung.
Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20. Dienstag, den 25. Januar 1898. 9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Deutsche Rechtsprechung.

Vor uns liegt ein Urtheil des Schöffengerichts Zwickau, Vorsitzender Assessor Dr. Böhmer. Das Urtheil spricht wegen groben Unfugs eine Geldstrafe von 50 Mk. aus über mehrere dortige Socialdemokraten, die in Lichtentanne eine Agitationsnummer des „Sächsischen Volksblattes“ ausgetragen haben. Bemerkt sei, daß sich namentlich die Zwickauer Behörden, Polizei wie Gericht, in der Bekämpfung der Socialdemokratie hervorthun und dafür allerdings volles Verständniß beim königlich sächsischen Oberlandesgerichte finden. In diesem Streben gelangte man bereits in einem früheren Urtheile zur Verurtheilung wegen groben Unfugs in der Verbreitung eines socialdemokratischen Flugblattes, *weil es unterschiedslos an Jedermann, gleichviel, ob er es haben wollte oder nicht, vertheilt worden war.* Dies vorausgeschickt, lassen wir nunmehr das am 7. August 1897 gefällte Urtheil in seinen Hauptpartien folgen. Nachdem die Thatsache der Austragung festgestellt worden, heißt es wörtlich:

Daß die Austragung während des Gottesdienstes stattgefunden habe, wie in der von den Angeklagten angefochtenen Strafverfügung angenommen wird, beruht nicht auf Wahrheit; es hat um diese Zeit nur eine kirchliche Unterredung mit der confirmirten Jugend, also nur ein kirchlicher Religionsunterricht stattgefunden.

Die Angeklagten geben diese thatsächliche Feststellung zu, nur bestreiten sie, auch beim Pastor, wie ihnen nach der Anklage zur Last gelegt ist, ein Flugblatt abgegeben zu haben. Letzteres hat sich ihnen auch nicht nachweisen lassen.

Der Inhalt der von den Angeklagten ausgetragenen Agitationsnummern ist nun in hohem Grade anstößig. Es wird darin, wie aus den in der beiliegenden Zeitung blau angestrichenen, in der Hauptverhandlung verlesenen Artikeln unzweideutig hervorgeht, Staat und Kirche, Religion und Familie absichtlich verhöhnt und verspottet. Es haben sich auch, wie Zeuge Meisel (Gendarm) angiebt, der Pastor sowohl als auch einige Oekonomen, **denen dieser Zeitungsinhalt später bekannt geworden ist,** durch *diese Artikel und durch ihre Verbreitung schwer verletzt gefühlt und ihr Mißfallen darüber geäußert.*

Die Angeklagten behaupten, sie hätten die Zeitung selbst, bevor sie sie ausgetragen haben, gar nicht gelesen. Dieser Einwand war, selbst wenn man ihm Glauben schenken wollte, nicht zu beachten. Die Angeklagten sind, wie sie selbst zugeben, überzeugte Anhänger der Socialdemokratie und es sind ihnen deren gegen Staat und Kirche und unsere ganze Gesellschaftsordnung gerichteten Tendenzen wohl bekannt. Sie haben ferner gewußt, daß die von ihnen ausgetragenen Flugblätter Agitationsnummern waren, und mußten sich daher sagen — *und haben sich zweifellos auch gesagt* —, daß gerade darin die Lehren der Socialdemokratie besonders stark und ausgeprägt vertreten waren.

Es ist nun weiter *auf Grund des Zeugnisses des Gendarm Meisel* (!) *festgestellt worden, daß die Bewohner von Lichtentanne nur zum geringen Theile Anhänger der Socialdemokratie sind* (!), die Angeklagten haben weiter zugeben müssen, daß sie in Lichtentanne unbekannt sind, insbesondere die Wohnungen etwaiger Socialdemokraten nicht kennen. Sie haben, wie sie zugeben, die Flugblätter in beliebige Häuser ausgetragen und sie Leuten ohne Unterschied ihrer politischen Parteistellung gegeben.

Sie behaupten zwar, sie hätten jedesmal gefragt, ob der Betreffende eine Zeitung haben wolle, und wer abgelehnt habe, habe keine bekommen. Dies genügt jedoch nach Ansicht des Gerichts nicht, um die Angeklagten straffrei zu machen. Die Einwohner Lichtentannes, die sich solche Flugblätter haben geben lassen, haben zunächst nicht gewußt, daß dies socialdemokratische Agitationsnummern waren und haben deren Inhalt, als sie die Zeitung in Empfang nahmen, nicht gekannt. Die Angeklagten haben auch nicht behaupten können, daß sie darüber ihren Abnehmern irgend welche Mittheilungen gemacht hätten.

Das Gericht hat nun in diesem Gebahren der Angeklagten, das, wie diese gewußt haben (!), wohl geeignet war, das Publikum in seiner Allgemeinheit in seinem Gefühle von Rechtssicherheit und Frieden auf's Erheblichste zu stören, den gesetzlichen Thatbestand des groben Unfugs erblickt.

*Wenn noch nicht hat festgestellt werden können, daß Empfänger der Blätter Aergerniß an deren Inhalt genommen haben, so ist schon in der unterschiedslosen und unaufgeforderten Vertheilung der Flugblätter an sich eine Ungebühr zu erblicken, die geeignet war, den davon betroffenen Theil des Publikums, die Nichtparteigenossen, durch Störung ihres häuslichen Friedens zu belästigen und mit Unwillen gegen die Zudringlichkeiten einer rücksichtslosen Partei zu erfüllen. — — —*

Bestimmend für die Höhe der Strafe waren die *außerordentliche Schärfe* und die *maßlose Verhetzung*, die aus den angeführten Artikeln des Flugblattes spricht, die *große Frechheit und Unverfrorenheit* (!), die sich darin äußert, daß derartige Flugblätter an Leute ausgeboten wurden, die sich dadurch in ihren heiligsten Empfindungen verletzt fühlen mußten, und endlich die Ueberzeugung, **daß einer derartig ungehörigen politischen Propaganda eine energische Schranke gezogen werden muß.** (!!)

Soweit das Urtheil. Wir fügen hinzu, daß das angerufene Landgericht dem Urtheil unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung der thatsächlichen *und rechtlichen* Ausführungen beigetreten ist. Außerdem *stellte aber das Landgericht noch ausdrücklich fest, daß der Inhalt der verbreiteten Zeitungsnummer* **nicht strafbar** *war.*

Der Inhalt der Zeitungen ist also nicht strafbar. Wo sonst selbst keine noch so kühne Phantasie, keine noch so halsbrecherischen logischen Seiltänzerkunststücke genügen, um irgend ein Verbrechen der beleidigten Majestät, der Aufreizung oder dergleichen zu beweisen, da findet man immer noch groben Unfug an dem Inhalte eines socialdemokratischen Preßerzeugnisses, sobald man sich darüber geärgert hat. Bei der verbreiteten Agitationsnummer war auch das nicht möglich, der beste Wille scheiterte an der Ruhe und Sachlichkeit des Inhaltes: dennoch ist die Verbreitung strafbar und zwar strafbar lediglich aus dem Grunde, daß sie auch an Nichtsocialdemokraten vertheilt worden ist. Die Strafbarkeit wird aber trotz alledem *nicht in der Art* der Verbreitung gefunden. Es ist festgestellt worden, daß nur solche Leute eine Zeitung bekommen haben, die das gewünscht haben; wäre es irgend eine beliebige, nichtsocialdemokratische Zeitung gewesen, so wäre durch diese Verbreitung *keine* strafbare Handlung begangen worden. *Nur weil sie den besonderen socialdemokratischen,* **nicht strafbaren** *Inhalt hat, nur deswegen ist die Verbreitung strafbar!*

Soviel über die Logik des Urtheils. Sein eigentliches, durch keinen Schleier spitzfindiger juristischer Formeln verhülltes Charakteristikum erhält es aber durch den Schluß. Frau Justitia, die blinde Göttin, die mit kühler Ruhe Recht von Unrecht scheiden soll, wird unter der schneidigen Führung des Zwickauer Schöffenrichters zu einer kühnen Kämpferin gegen die „Frechheit und Unverfrorenheit“ einer rücksichtslosen Partei und zieht „der politischen Propaganda eine energische Schranke“.

Da hätten wir doch die uneingeschränkte amtliche Proclamirung des Zustandes, den wir schon längst als vorhanden bezeichneten: die Gerichte im Kampfe gegen eine politische Partei. So oft wir es bisher behauptet haben, hat man stets ein großes Geschrei darüber erhoben, hier wird es in einem gerichtlichen Urtheil ohne Umstände ausgesprochen. Wird man wagen, es zu bestreiten, daß wir es hier mit einem reinen politischen Tendenzurtheil zu thun haben?

### Hohe Politik vor der Budgetcommission.

Aus Berlin wird uns geschrieben

Die Commissionen des Reichstages sind gegenwärtig in emsiger Thätigkeit. Um ihre Arbeiten möglichst zu fördern, beginnen die Plenarsitzungen regelmäßig eine Stunde später als gebräuchlich. Die allgemeine Aufmerksamkeit concentrirt sich abgesehen von den Arbeiten der Militärstrafprozeßreform-Commission vornehmlich auf die Thätigkeit der Budgetcommission. Gegenwärtig sind es hochpolitische Fragen, über die dort verhandelt wird. Natürlich kann durch diese Commissionsberathungen, worüber naturgemäß nur lückenhafte Berichte hinausdringen, die öffentliche Berathung im Plenum nicht überflüssig gemacht werden, im Gegentheil das Volk hat ein Recht darauf, in aller Genauigkeit zu erfahren, was in den Küchen der Diplomatie zusammengebraut wird, und seine Vertretung ist nach unserem Geschmack viel zu geduldig. Sie hätte schon längst durch eine Interpellation darauf dringen sollen, daß der Schleier über Verhandlungen gelüftet wird, für deren Ergebniß das Volk mit Gut und Blut haften muß.

Kürzlich trat im Reichstagsfoyer ein Abgeordneter auf einen anderen Volksvertreter zu, in der linken hoch erhobenen Hand hielt er ein Fünfpfennigstück, mit der rechten Hand riß er seinem Collegen die goldene Uhr sammt Kette aus der Weste und sagte dabei freundlich lächelnd: „Ich pachte diese goldene Uhr und Kette auf 99 Jahre für fünf Pfennige“ und wie zur Begründung setzte er hinzu: „Das ist jetzt das Neueste“. Der Andere verstand den Scherz — Nun, etwas theurer als fünf Pfennige wird dem deutschen Volke die Pachtung der Kiautschaubucht zu stehen kommen. Ueber die Höhe der Pachtsumme steht Bestimmtes noch nicht fest. Zwar wurde in der Commission von verschiedenen Seiten gefragt, welchen finanziellen Effect die ostasiatische Unternehmung haben würde, aber eine finanzielle Auskunft, die Staatssecretär v. Bülow nicht geben konnte, unterblieb, weil sich sein College vom Reichsschatzamt kurz vorher entfernt hatte. Hoffentlich bedeutet das keine Verschiebung der Auskunft überhaupt und hoffentlich bringen die nächsten Tage schon zahlenmäßige Daten, auf deren Vorlegung entscheidendes Gewicht gelegt werden muß. Herr von Bülow entwarf ein rosig gefärbtes Bild über die gewinnbringenden Aussichten, die durch die Besetzung der Kiautschaubucht für Deutschland eröffnet würden. Ein Eldorado sei es freilich nicht. Ein Eldorado sind bekanntlich auch die von uns in Besitz genommenen afrikanischen Plätze nicht. Aber im Gegensatz zu diesen sind die klimatischen und gesundheitlichen Verhältnisse in Chinesien so günstig, daß unsern Capitalisten dringend die Eröffnung von Luftkurorten und Sommerfrischen anzurathen ist. Von Getreidesorten wird Weizen und Gerste dort gebaut. Da die Gegend aber dicht bevölkert ist und bei der zurückgebliebenen Bewirthschaftung ist die Möglichkeit eines Getreide-Exportes für den Augenblick noch nicht gegeben. Der Boden ist also fruchtbar, das Heimathsgefühl unserer uckermärkischer Agrarier wird es angenehm berührt haben, daß auch Kiefernbestände in Kiautschau anzutreffen sind, ebenso angenehm wird unseren ostelbischen concurrenzneidischen Junkern die Mittheilung gewesen sein, daß vorläufig noch keine Getreideeinfuhr in Sicht ist. Wahre und große Flottenbegeisterung werden aber in der Brust jedes profitwüthigen Unternehmers die rosigen Aussichten erweckt haben, die Staatssecretär v. Bülow der Industrie eröffnete. Kohlenlager sind in der Nähe und was die Hauptsache ist, die Bevölkerung ist zahlreich, sehr genügsam und arbeitswillig. Mein Herz, was willst Du noch mehr? Daß die Bewohner der Provinz Schantung schmutzig sind, wie alle Chinesen, wird ihre Verwendung im Dienste des Capitals sicher nicht hindern. Schmutziger wie unsere deutschen Unternehmer können ja unsere neuen gelben Brüder auch nicht sein.

Das waren die wichtigsten Mittheilungen, die in einer Denkschrift demnächst noch näher ausgeführt werden sollen. Der Wortlaut des Pachtvertrages ist auch dem Staatssecretär noch nicht bekannt, der Leiter des Auswärtigen Amts ist bisher noch auf den kurzen Auszug angewiesen, der ihm telegraphisch von Peking übermittelt worden ist. Für die Ermordung der Missionare wird der chinesischen Regierung die übliche Entschädigung bezahlt, die schuldigen Beamten sind versetzt oder bestraft worden, die Thäter selbst verfolgt worden. China ist außerdem gehalten worden, drei Sühnkirchen zu errichten. Mit Berlin kann es ja noch lange nicht mit, aber Herr von Mirbach wird

## Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. C. Brachvogel.

22] (Nachdruck verboten.)

Sie lebte fortan so musterhaft eingezogen in Ludwigsburg, beschränkte sich, außer Röder und Hormayer, allein auf den Umgang mit den Damen von Gemmingen, von Varnbühler, Hügel, Seeger, Scheller und deren Männern, daß der blasseste Neid auch nicht ein Fleckchen an ihrer Ehre auffinden mochte. Man fing an, nicht allein Leutrum den erhaltenen Verlust zu gönnen, sondern auch Franziska zu beklagen, in ihr ein zwiefaches Opfer zu erblicken. Die Verachtung Leutrum's sprach sich, als er den Bernebdin'schen Besitz an sich riß, dadurch aus, daß seine adligen Genossen ihn zur Niederlegung des Directoriums zwangen. Damit war er moralisch todt.

Die allgemeine Theilnahme fand in dem Besuche der Prinzen Louis und Friedrich nebst Gemahlinnen ihren beredtesten Ausdruck, und daß es die ersten Geschlechter als Vorzug betrachteten, der Baronin aufzuwarten. Das Portefeuille der Solitude kam wieder zu ihr zurück, mit ihm ihr alter öffentlicher Einfluß.

Wohl hatte Karl gehofft, endlich wieder mit ihr zusammenzutreffen, aber sie mied die Solitude wie Hohenheim, wie alle Gesellschaften außer dem Hause, und Jeder hütete sich, sie in eine Lage zu bringen, die ihr das Ausweichen dem Herzog gegenüber unmöglich gemacht hätte. Ihre Rigorosität war aber nicht allein ein Ausfluß des Bestrebens, ihren Ruf wieder zu erobern, sondern noch mehr der Furcht vor sich selbst. Sie fühlte ihre alte, vergeblich erstickte Liebe zu Karl jetzt in so hellerer Gluth erwachen, empfand, daß sie ihr Herz nicht mehr bemeistern könne, und wenn sie Karl wiedersehe, sie sich ihm ergeben müsse. Ihre Seelenangst, ihre sittliche Scheu thürmte rings eine himmelhohe Mauer um sich, der Versuchung zu entgehen. Eins aber vermochte sie Karl nicht vorzuenthalten, den geistigen Verkehr. Aus dem ersten scheuen, reuevollen Briefe Karl's, ebenso schüchtern von ihr beantwortet, spann sich eine Correspondenz, die immer inniger, glühender, vertrauter wurde, eine immer größere Bresche in Franziska's Entschlüsse machte. Dieser Verkehr ward durch Pepino Smergali vermittelt. Die alte Brigitte war nun auch wieder zu Gnaden angenommen, hatte sie ja doch „aus alter Lieb' dem herzliebste Fränzle von dem graußliche alte Kerle helfe möge!“

Vor Pepino aber hatte Franziska tiefsten Widerwillen und Argwohn. Wohl wußte sie, daß er nur des Herzogs Werkzeug gewesen; aber mochte sie dies Werkzeug wegen seiner Gewandtheit hassen, ihn als des Herzogs Vertrauten fürchten, oder lag es in dem schleichenden, tiefdevoten Erscheinen dieses Menschen, daß ihr sein Katzennaturell verdächtig wurde, sie hatte stets eine an Furcht grenzende Empfindung, wenn, die Thür leise öffnend, der Läufer lächelnd eintrat, ihr ein Schreiben mit tiefer Verneigung überbrachte und leise fragte: „Wann Hochdieselbe zu befehlen die Gnade hätte, daß er Antwort holen dürfe.“ — Gleichwohl wagte sie nicht, einen andern Boten zu fordern, lag es doch auf der Hand, daß Karl in Pepino unbedingtes Vertrauen setzte und ihn für die discreteste Person hielt, seine Herzensangelegenheiten zu vermitteln.

Pepino war auch wirklich discret, keine Seele erfuhr von der Correspondenz Karl's und Franziska's etwas; er hatte sich geändert. In moralischer Beziehung der Alte, nahm er sich aber Montmartin's Ausruf: „Diese Frau ruinirt uns Alle, man muß sich salviren!“ sehr zu Herzen. Er salvirte sich, um fortan auf eigene Hand Politik zu treiben, sich der allmächtigen Gebieterin angenehm, Karl ganz unentbehrlich zu machen. —

In jener Zeit der Krankheit, Demüthigung, Reue und Seelenqual Karl's auf der Solitude war seine einzige Erquickung während der Reconvalescenz gewesen, den Park unter der Hand des Garteninspectors Schiller mit seinen Irrgängen, Bosquets, Fontainen, Grotten und malerischen Punkten zum bittersten Aerger des Obergärtners Walther von Ludwigsburg erstehen zu sehen und das Militärwaisenhaus zu besuchen. Das Institut war binnen Jahresfrist so erblüht, daß es seinem Charakter als Waisenhaus entwuchs und bereits eine allgemeine militärische Pflanzstätte geworden war. Die Zahl der Zöglinge aus allen Ständen hatte so zugenommen, daß man vier besondere, ganz getrennte Klassen formiren und den Lehrkreis durch Mathematik, Geschichte, Erdkunde, Religion, Latein und Mythologie erweitern konnte, ja sich bereits Ausländer meldeten.

Streng und eisern war die Disciplin. Ordnung und Subordination wurde mit schonungsloser Unerbittlichkeit gehandhabt. Die Angehörigen der jungen Leute, wie solche selbst mußten sich verpflichten: „den Zögling ꝛc. als Eigenthum des württembergischen Landes anzusehen, dem er zeitlebens zu dienen und das er ohne herzoglichen Consens nie zu verlassen habe“. Dafür ward der Knabe nicht allein, meist umsonst, bis zu vollendeter Entwickelung verpflegt, gekleidet und unterrichtet, sondern ging bei seinem Austritt auch sofort in den Staatsdienst über. Die Eltern wußten ihre Kinder unbedingt versorgt. Dies Institut zu vervollkommnen, war des Herzogs Lieblingsidee. Täglich, so lange er auf der Solitude war, später mindestens zweimal in der Woche, brachte er einige Stunden in ihm zu, bald in dieser oder jener Unterrichtsstunde; es war, als würde er unter den Kindern wieder ein Kind, als wirke dies Aufsprossen und Blühen der jungen Welt um ihn beruhigend und erheiternd auf sein geplagtes Gemüth.

(Fortsetzung folgt.)

sicher seine Freude haben, wenn es sich auch um die katholischen Brüder handelt. Die Bekehrung der Chinesen wird jedenfalls mit Hochdruck gefördert werden. Die Missionare erhalten außer den Kirchen noch sieben geschützte Wohnhäuser, deren Baukosten gleichfalls von der chinesischen Regierung zum Hauptheil übernommen werden. Ein Gewimmel von Schwarzröcken wird also versuchen, die philosophischen Bekenner des Confucius in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche zu führen.

Außer der chinesischen Frage wurde auch die deutsche Politik in Bezug auf Kreta gestreift. Hier hob Bebel die natürliche Zusammengehörigkeit von Kreta und Griechenland hervor und übte ernste Kritik an der Haltung Deutschlands, daß im Dienst der Türkei das Selbstbestimmungsrecht des kretischen Volkes nicht berücksichtigt hat. Eine klare Antwort blieb hierüber aus, aber die Regierung wird im Plenum noch näher darüber Rede und Antwort stehen müssen. Eugen Richter hatte einige bissige Fragen für den Staatssecretär v. Bülow. Einmal erkundigte er sich nach den Reiseplänen des Kaisers, die für dieses oder das nächste Jahr nach Jerusalem gerichtet sind. Der Staatssecretär gab die diplomatische Antwort, daß ihm von solchen Reiseplänen nichts bekannt sei. Die zweite Frage galt dem Seefahrer Heinrich. Richter wollte wissen, welchen Kaisern und Königen im fernen Osten er die gepanzerte Faust zum höflichen Gruß reichen würde. Auch darüber wußte der Staatssecretär noch nichts. Die dritte Frage bezog sich auf die Kieler Reden. Hier erwiderte Herr v. Bülow, daß der Reichskanzler den sachlichen Inhalt der Reden verantworten werde. Eugen Richter hat aber gefragt, ob die Regierung die Form dieser Rede verantworten wolle und gerade die Form war es ja, die solches Aufsehen erregt hat. Im Plenum werden unsere Genossen dazu noch ein Wörtchen reden.

Daß bei Behandlung auswärtiger Angelegenheiten auch die Affaire Dreyfus besprochen wurde, ist nur natürlich. Von der Regierung wurde offiziell noch einmal gesagt, was sie schon offiziös hat verbreiten lassen, daß sie mit Dreyfus niemals in Verbindung gestanden hat.

**Ueber den Zeitpunkt der nächsten Wahlen** herrschen blos Vermuthungen. Wir erfahren, schreibt der „Vorwärts", von einer Seite, die es wissen kann, daß die Wählerlisten für die Reichstagswahl bis Ende Mai zur Auslegung bereit gestellt sein sollen, so daß die Wahlen im Juli stattfinden könnten. Die preußischen Landtagswahlen dürften nach der gleichen Quelle im October stattfinden.

**Unsere Rechtsprechung.** Kürzlich wurde in Berlin ein Arbeiter, der beim Verlassen der Arbeit zu einem Collegen mit einem Blick auf die Weiterarbeitenden sagte: „Seht Euch die Collegen an" wegen Bedrohung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Ein Buffetier Albrecht in Berlin, der zwei Damen auf der Straße ohne jede Veranlassung in beleidigender Weise anredete und als diese dagegen protestirten, sie mit Faustschlägen tractirte, bekam nur 14 Tage Gefängniß. Die erste Instanz hatte nur auf 50 Mk. Geldstrafe erkannt. Diese Urtheile sprechen Bände.

**Nationalsociale Flottenschwärmer.** Für die Nationalsocialisten charakteristisch ist es, daß jetzt die Geschäftsstelle ihres Wochenblattes „Die Hilfe" Flugblätter für das Flottengesetz verbreitet, die genau nach officiösem Muster verfaßt sind wie die Flugblätter aus dem Hülle'schen Verlag. Die Geschäftsstelle rühmt diesen Flugblättern nach, daß sie in „allgemein patriotischem Tone" gehalten sind, und daß schon ein bekanntes Mitglied der nationalliberalen Partei dieselben bestellt habe. Es sind doch brave Leute, diese Nationalsocialen!

**Die einzige gegen die Flottenpolitik opponirende deutsche Regierung** ist das Fürstenthum Reuß ä. L., dessen amtliche „Landeszeitung" scharf gegen die Marinevorlage Stellung nimmt und sagt:

„Und möge sich das Centrum der unerbittlichen Wahrheit nicht verschließen, daß es in demselben Maße, wie es den Bestrebungen des modernen Militarismus und Marinismus auch fernerhin seine thatkräftige Unterstützung leiht, den Niedergang der deutschen Nation als eines Culturstaates befördert und beschleunigt."

Wie man sieht, befinden sich das amtliche Organ der Regierung und also diese selbst in dieser Frage in erfreulicher Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung, welche bekanntlich den Socialdemokraten Förster in den Reichstag entsandt hat. Bedauerlich ist nur, daß Regierungen anderer, größerer Bundesstaaten nicht so viel — Unabhängigkeitsgefühl besitzen wie die des kleinen Reuß.

**Reform der gewerblichen Rechtsprechung.** Einen wichtigen Antrag der socialdemokratischen Abgeordneten hat die Civilprozeß-Commission des Reichstags in ihrer ersten Sitzung am Dienstag zum einstimmigen Beschluß erhoben: In Gewerbegerichtssachen, in denen das Landgericht in zweiter Instanz entscheidet, soll je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugezogen werden. Wenn dieser Beschluß auch in den folgenden Stadien der Berathung aufrecht erhalten wird — die Annahme erfolgte mit 9 gegen 6 Stimmen, und einige Zustimmende behielten sich eine veränderte Stellungnahme in zweiter Commissionslesung vor — so wird er zunächst den unleidlichen Zustand beseitigen, daß bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in erster Instanz vor dem Gewerbegericht ein sachkundiges Urtheil gefunden wird, das aber — wenn das Object über 100 Mark beträgt und berufungsfähig ist — in zweiter Instanz durch ein Collegium von gelehrten Richtern umgestoßen wird. Zugleich würde durch diese Neuerung das Laienelement in die höheren Instanzen eingeführt.

**Der Gewerbebetrieb im Umherziehen** wird zur Zeit in Ostpreußen von den — Gendarmen ausgeübt; ob sie den Wandergewerbeschein besitzen und Schriftenverzeichnisse einreichen, steht noch sehr in Frage. Wie die „Berliner Ztg." mittheilt, geht im Kreise Goldap der Gendarm von einem Bauer zum anderen, um Unterschriften auf das Werk von Prof. Onken: „Unser Heldenkaiser", zu sammeln; man unterschreibt allerdings, doch mit schwerem Herzen. Die Meisten leisten die Unterschrift nur unter einem gewissen Druck. Man befürchtet eben Unannehmlichkeiten von den Gendarmen; wer keine Unterschrift gegeben hat, bei dem findet man, so denken die Leute, ganz sicher bei einer Revision etwas nicht in Ordnung.

Allerdings, wenn auf Posadowskys Veranlassung der Director des Reichsversicherungsamts Reclame für irgend zweifelhafte Colportagelitteratur macht, warum sollten dann nicht die Gendarmen Colporteure werden?

**In der bayerischen Kammer** gab der Minister Crailsheim seiner tiefsten Unzufriedenheit mit den — Socialdemokraten Ausdruck. Mit äußerster Schärfe wendete er sich gegen den Antrag der socialdemokratischen Kammerfraction auf Besserstellung der Eisenbahner, und sagte, die socialdemokratische Partei werde niemals zufriedengestellt. Wenn heute die Gehälter verdoppelt würden, kämen die Socialdemokraten mit der Forderung, sie zu verdreifachen. „Auf die Zufriedenheit der Arbeiter, die unter dem Drucke der Socialdemokratie stehen, müssen wir ein für alle Mal verzichten."

Daß der Herr Minister sich über die unerbittlichen Mahner ärgert, wollen wir ihm nicht verdenken. Indessen werden die Weichensteller, Schaffner, Heizer, Locomotivführer u. s. w. dennoch der Meinung sein, daß selbst eine Verdoppelung ihrer Gehälter sie noch keineswegs so günstig stelle, wie jene Beamten gestellt sind, die gelegentlich einmal eine Dienstreise im Coupé erster Klasse machen.

# Ausland.

**Oesterreich.** Jede optimistische Hoffnung auf eine kommende Verständigung der feindlichen Brüder im böhmischen Landtag muß nun endgiltig begraben werden. Beide Vermittelungsanträge sind als gescheitert anzusehen und der nationale Streit müßte sich selbst aufzehren, wenn nicht von der Straße aus Hilfe käme. Am Anfang der Session sorgte der Landtag für die Wacherhaltung der Straßenpolitik, jetzt muß die Straße für den Landtag sorgen. Es ist charakteristisch und vielleicht in einem Sinn ein kleines Anzeichen der Besserung, daß diese Action lediglich nur mehr von der akademischen Jugend besorgt wird. Es ist ein arger Eingriff in die Rechte des Bürgerthums, das Verbot der Statthalterei, wonach das Tragen von Abzeichen rc. verboten ist, doch ist es seit dem Tage merklich ruhiger geworden in Prag. Die deutsche Studentenschaft hat still protestirt und wird am Mittwoch in Leitmeritz einen Akademikertag abhalten; der akademische Senat der deutschen Universität hat Amt und Würde niedergelegt und für längere Zeit werden die Vorlesungen sistirt sein. Ein schweres Unrecht erleiden jene Studirenden, die sich den Luxus des Nationalismus nicht erlauben können, dem Streit fernstehen und hauptsächlich ihren Studien obliegen. Die Straßen Prags sind wohl noch belebter als sonst, namentlich Abends; zu Demonstrationen kam es nicht. Die scheinbare Ruhe kann freilich über die traurige Lage der Dinge nicht hinwegtäuschen. Sollte der Landtag, was von vielen Seiten befürchtet wird, in die Brüche gehen, so ist die Regierung mit ihrer Weisheit fertig.

**Schweiz.** Die allweil rührige Berner Arbeiterunion hat in einer Versammlung eine Resolution angenommen für sofortige Inangriffnahme der Initiative, betreffend Wahl des Bundesrathes durch das Volk. Mit allen volksfreundlichen Parteien soll eine möglichst rasche Verständigung über gemeinsames Vorgehen angebahnt und herbeigeführt werden. Der Beschluß der Berner Arbeiterunion weicht zwar etwas ab von der Schablone der bedächtigen Taktik, allein eine Ueberstürzung ist er trotzdem nicht, da diese Frage seit Jahren die socialdemokratische und demokratische Partei beschäftigt. Zudem ist hierfür die gegenwärtige Situation sehr günstig. Die Haltung des Bundesrathes Müller im Nationalrath gegen die eidgenössischen Staatsarbeiter, die bureaukratische Durchführung des Besoldungsgesetzes, die Aussicht auf Annahme der Eisenbahn-Verstaatlichung in der Volksabstimmung, wodurch dem Bundesrath eine neue große Machtfülle zufiele, lassen hoffen, daß ohne Schwierigkeiten die ersten 50,000 Unterschriften aufgebracht und auch in der Volksabstimmung Erfolg erzielt werde.

**Belgien.** Der Kammerpräsident Beernaert kündigt an, daß er wegen der in der Freitagssitzung vorgekommenen stürmischen Scene, welche den Ausschluß des socialistischen Deputirten Demblon für acht Sitzungen zur Folge hatte, zurücktreten werde. Demblon, der von dem Präsidenten in ungebührlicher Weise angegriffen worden war, schleuderte dem früheren Chef der Regierung die Anschuldigung ins Gesicht, daß er im Jahre 1886, als er (Beernaert) Ministerpräsident war, das Pakete des Lockspitzel Pourbaix bei sich empfangen habe, nachdem ihn dieser [illegible] von jenem Aufruhr in Kenntniß gesetzt hatte. Dieser Schuft Pourbaix unterbreitete ihm ein Manifest, das die belgischen Arbeiter zum Bürgerkrieg aufforderte und das zu unterzeichnen am nächsten Morgen Demnach von dem Spitzel veranlaßt werden sollte. Darauf ihn dies und Beernaert ließ ihn nun verfolgen. — Diese Thatsachen sind s. Z. durch die Verhandlungen über den Spitzelprozeß vor den Geschworenen zu Mons festgestellt worden. Ein Minister ließ also hier einen Mann verfolgen, den er unschuldig wußte, und gab sein Einverständniß dazu, daß ein Manifest in die Welt ging, geeignet, die Arbeiter zur Revolte aufzureizen, um sie dann niederschießen lassen zu können.

**Frankreich.** Die Dreyfus-Angelegenheit wurde am Montag wiederum in der Deputirtenkammer verhandelt, nachdem die Samstagssitzung durch das skandalöse Verhalten des reactionären Grafen Bernis, der den Socialisten Jaurès hinterrücks überfiel und schlug, unmöglich gemacht war. Ueber die Montagssitzung wird berichtet:

Der Saal ist überfüllt, die Unterhaltung lebhaft. Abg. Beauregard beklagt sich über das Eingreifen des Militärs am Sonnabend. Präsident Brisson erklärt, man habe einige Soldaten eintreten lassen, um die dem Publikum geöffneten Tribünen räumen zu lassen. Abg. Jaurès beantragt, mit der Erörterung seiner Interpellation fortzufahren. Dem Antrage wird zugestimmt. Jaurès macht der Regierung den Vorwurf, daß sie Zola nicht auch wegen seiner Anklagen gegen die Generäle vor Gericht bringe. Die Regierung müsse einwilligen, daß vollkommenes Licht in der Dreyfusangelegenheit geschaffen werde. (Beifall der äußersten Linken.) Die Regierung könne den Offizieren nicht untersagen, in dem Prozesse Zola Aussagen zu machen. Redner fragt, ob die Richter des Kriegsgerichtes Schriftstücke in Händen hatten, welche die Strafbarkeit des Dreyfus bewiesen, und ob diese Schriftstücke dem Angeklagten und dessen Vertheidiger nicht mitgetheilt worden seien. — Meline erwidert: Wir wollen dies auf der Tribüne nicht erörtern. (Beifall.) — Jaures protestirt gegen die Ungesetzlichkeit, gegen die Verletzung des Rechtes und fügt hinzu: Wir werden die Lösung des Räthsels nicht durch Zweideutigkeiten, durch Ausflüchte und Hinhaltung umgehen. Jaures wendet sich gegen die Verhandlung bei verschlossenen Thüren und sagt, warum eine Armee unterhalten, wenn es nicht gestattet ist, einzugestehen, daß ein Offizier einer benachbarten Macht Documente mittheilte. (Beifall der äußersten Linken.) Jaures kommt dann auf Kiel und den äußersten Orient zu sprechen und wirft der Regierung ihren Kleinmuth vor (Widerspruch), erinnert an den in Deutschland geführten Prozeß gegen Degouy und giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß man in Frankreich nicht mit derselben Freiheit urtheilen und richten könne. Redner hebt auch die im Esterhazyprozesse vorgekommenen, in der Verhandlung hinter verschlossenen Thüren liegenden Unregelmäßigkeiten hervor und behauptet, die Republik befindet sich seit 16 Jahren in den Händen der Hochfinanz. Er wirft der Majorität vor, daß sie die Republik der militärischen und klerikalen Reaction ausliefere und erklärt, die Socialisten würden die Republik vertheidigen. (Vereinzelter Beifall.) — Meline weigerte sich, zu antworten, weil, wie er sagte, die Regierung nicht das Recht habe, sich an die Stelle der Justiz des Landes zu setzen. (Beifall.)

Die Kammer nahm schließlich mit 376 gegen 133 Stimmen eine Tagesordnung an, die die Erklärung der Regierung billigt.

# Deutscher Reichstag.

Nach den heftigen, erregten Debatten der vorigen Woche setzte die Etatsberathung heute etwas sanfter ein. Zunächst wurde das Alters- und Invalidengesetz besprochen, aber man beschränkte sich allseitig auf wenige Bemerkungen. Genosse Singer bezeichnete als die nächsten Etappen einer Reform die Herabsetzung der Altersgrenze und die Erhöhung der Renten, wovon man natürlich bei den anderen Parteien nichts wissen will. Der Centrumsführer Professor Frhr. von Hertling machte seinen schon im letzten Jahre gemachten Vorschlag von Neuem, die Dienstboten, Handwerker und die gesammten landwirthschaftlichen Arbeiter aus dem Gesetze auszuscheiden, der durch die Wiederholung nicht besser geworden ist und auch jetzt noch keinen sonderlichen Anklang gefunden hat, selbst bei Herrn von Stumm und den Plötzen nicht.

Dann wurde über den Bremer Lloyd gesprochen. Der Abg. Hahn klagte über die Arbeitsüberbürdung der Schiffsoffiziere, von der Ausbeutung der Heizer und sonstigen Arbeiter sagte er nichts. Herr Frese aus Bremen und Herr Hammacher als Vertreter des nationalen Unternehmerthums nahmen die Verwaltung des Lloyd natürlich in Schutz.

Der Schluß der Sitzung wurde durch einen Streit über die Vorzüge oder Nachtheile des Börsengesetzes ausgefüllt. Herr Barth, Herr Gamp, Graf Arnim und Herr Paasche sind die bekannten Streithähne in dieser nun schon so und so oft ventilirten Frage. Damit auch der Diederich Hahn sein Sprüchlein aufsagen könne, wurde die Debatte vertagt.

24. Sitzung. Montag, den 24. Januar, 2 Uhr.

Eingegangen sind eine Denkschrift über die Entwickelung der Schutzgebiete, der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Oranjefreistaat und das Gesetz, betr. die Aufhebung der Amtscautionen für Reichsbeamte.

Die Strafverfolgung gegen den Abg. Bock wegen Privatbeleidigung wird ausgesetzt.

In der Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats des Reichsamts des Innern regt beim Titel: Invaliditäts- und Altersversicherung

Abg. v. **Czarlinski** (Pole) an, daß die in Deutschland vorübergehend lebenden Ausländer von der Beitragspflicht gesetzlich ausgeschlossen sein sollten. Die Altersgrenze müsse von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt werden.

Abg. Graf **Stolberg** (cons.) und Abg. **Themsen** (frs. Vgg.) treten für eine Vereinfachung des Apparats der Versicherung und für möglichste Entlastung der Landwirthschaft ein.

Abg. Dr. Freiherr v. **Hertling** (Ctr.) glaubt, daß es sich bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Hauses nicht empfiehlt, die Frage der Alters- und Invalidenversicherung in ihrem ganzen Umfange jetzt aufzurollen. Eine künftige Reform werde aber Landwirthschaft, Handwerk und Dienstboten ganz aus der Versicherungspflicht wieder herausnehmen und spätestens im nächsten Jahre vorgelegt werden müssen.

Abg. **Singer** (Soc.): Entscheidende Reformen an der Invalidenversicherung werden sich jetzt in der That schwer vornehmen lassen, obwohl das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form und Durchführung durchaus unzureichend ist. Natürlich dürfen bei dieser Reform aber nicht, wie die Vorredner zu wollen scheinen, die Leistungen der Unternehmer herabgesetzt, sondern die Vortheile für die Arbeiter müssen erweitert werden. Vor Allem ist die Herabsetzung der Altersgrenze und die Erhöhung der Rente nothwendig. Bei der glänzenden Lage der Industrie brauchen wir mit den Unternehmern gewiß kein Mitleid zu haben. Die ländlichen Unternehmer haben bei der Handhabung des äußeren Apparates gewiß Schwierigkeiten zu überwinden; alle Poststellen sollten deshalb Versicherungsmarken führen. Der Staatssecretär sollte ferner durch eine Enquete feststellen, wie viel ländliche Unternehmer ihren Versicherungspflichten nicht nachkommen und so aufhellen, weshalb die ländlichen Versicherungsanstalten so sehr über die Nichteinhaltung des Gesetzes klagen. So gefährlich sind die Lasten nicht, daß Kleinbesitzer darüber zu Grunde gegangen wären. Sie beschweren sich auch vielmehr über die Arbeitslast durch die Klebepflicht. Da muß ich aber sagen: Wenn es sich darum handelt, die Millionen von Arbeitern, die den Wohlstand des ganzen Volkes schaffen, vor der Noth durch Alter und Invalidität zu schützen, dann haben die übrigen Klassen der Bevölkerung auch die Pflicht, die nothwendige Arbeit hierfür zu übernehmen. Willig und ohne Murren sollten die Unternehmer diese sittliche Pflicht erfüllen. Der Reichstag kann Einwendungen dieser Art kein Gehör schenken. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Unsere principielle Stellung zum Gesetz ist noch wie vor dieselbe. Wir haben s. Z. dagegen gestimmt, nicht weil wir mit seinem Grundgedanken nicht übereinstimmten, sondern weil unsere unumgänglichen Forderungen nicht erfüllt wurden. Jedenfalls hat man kein Recht, aus unserer Stellungnahme zu folgern, daß wir zu irgend einer Einschränkung des Gesetzes die Hand bieten werden. (Beifall b. d. Soc.)

Abg. Graf **Stolberg** (cons.) erklärt sich gegen den Hertling'schen Vorschlag, den Landarbeitern die Wohlthat der Versicherung wieder zu nehmen.

Abg. Dr. **Hitze** (Centrum): Wenn die Landarbeiter die Versicherung als eine Wohltat empfinden, so haben sie später, wenn unser Vorschlag durchgeführt würde, noch die Möglichkeit, sich selbst zu versichern.

Abg. Dr. **Hahn** (wildcons.) betont, daß die Opfer der seemännischen Bevölkerung für die Altersversicherung in keinem Verhältniß zu den Wohlthaten ständen, die ihr daraus erwüchsen.

Staatssecretär Graf **Posadowsky** verspricht, dafür zu sorgen, daß alle Poststellen Versicherungsmarken führen. Der Gedanke, irgend eine Schicht der Bevölkerung, die sich jetzt der Wohlthaten der socialpolitischen Gesetzgebung erfreut, wieder davon auszuscheiden, ist für die Regierung durchaus unannehmbar. Die Frage der Vertheilung der Lasten und der Vereinfachung des Versicherungsapparates ist nicht leicht zu lösen. Auch die nächste Reform wird noch nicht alle Beschwerden beseitigen. Die Unternehmer müssen sich vergegenwärtigen, daß sich ohne große Lasten für sie eine socialpolitische Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter nicht durchführen läßt.

Abg. Freiherr **v. Stumm** (Reichsp.) hält es gleichfalls für unmöglich, den Kreis der Versicherten wieder zu beschränken und fordert vor Allem eine Versicherung der Wittwen und Waisen der Bedrängtesten.

Abg. **Singer** (Soc.): Wir sind mit dem Vorredner vollkommen darin einverstanden, daß die Wittwen und Waisen in den Bereich dieses Gesetzes einzubeziehen sind. Aber wir müssen trotzdem darauf halten, daß nothwendige Verbesserungen des Gesetzes auch zu Gunsten der schon versicherten Arbeiter vorgenommen werden. Mit der Einheitsrente könnten wir einverstanden sein, wenn wir nicht befürchteten, daß diese dann so niedrig bemessen würde, daß sie nicht mehr als ausreichend gelten kann. Wenn die Herren um Herrn v. Stumm von Abrundung der Renten sprechen, meinen sie Herabdrückung. Die Controle der Erfüllung der Versicherungspflicht auf dem Lande könnte schärfer sein.

Staatssecretär Graf **Posadowsky** erwidert, daß die Controle auf dem Lande in den letzten Jahren erheblich besser worden sei.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Es folgt der Titel: Commissariat für das Auswanderungswesen.

Abg. Dr. **Hahn** (wildcons.): Ich bitte die Regierung um Auskunft, was für die im Reichstag wiederholt geforderte Ueberwachung der Auswandererschiffe geschehen ist. Wie steht es mit der dienstlichen Ueberlastung der Offiziere auf den Schiffen des „Norddeutschen Lloyds"? Ferner ziehen die Gesellschaften, um an den Kosten zu sparen, farbige Mannschaften heran, was gewiß nicht im Interesse der Sicherheit unserer Auswanderer ist. Wie steht es endlich mit der Ausarbeitung einer neuen Seemannsordnung?

Staatssecretär Graf **Posadowsky**: In der Frage der Bemannung kann die Regierung eine allgemeine Reglementirung nicht vornehmen; nur für die Rettungsvorrichtungen existiren solche. Nur etwa 5 pCt. der gesammten Bemannung unserer Kauffahrteischiffe sind farbige Mannschaften, und das ist in tropischen Gegenden durchaus gerechtfertigt, da diese dort den Anstrengungen mehr gewachsen sind als Europäer. Daß dadurch die Heuer zurückgehen würden ist aber nicht zu befürchten.

Abg. **Frese** (freis. Vp.) nimmt den „Nordd. Lloyd" gegen die Angriffe des Abg. Hahn in Schutz.

Abg. Dr. **Hammacher** (nat.-lib.) meint, daß Abg. Hahn nur sein Müthchen an einem Privatinstitute habe kühlen wollen.

Abg. **Hahn** begreift die Animosität der beiden Vorredner gegen ihn nicht. Es habe ihm durchaus ferngelegen, den „Norddeutschen Lloyd" discreditiren zu wollen. (Rufe: Na! Na!) Er habe nur die Beschwerde des „Vereins der Seesteuerleute an der Weser" vorgetragen.

Abg. Dr. **Lieber** (Centr.): Die Harmlosigkeit des Abg. Hahn scheint mir verdächtiger, als die Animosität des Abg. Hammacher. (Heiterkeit.) Was er vorbrachte, gehörte gar nicht zu dem gegenwärtig zur Debatte stehenden Titel. Nicht active Offiziere des „Lloyd", sondern entlassene mögen Beschwerden haben. Wir haben keine Veranlassung, auf die Anschuldigungen solcher „Kerls", die wegen irgend welcher Verfehlung entlassen sind, hier einzugehen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hahn**: Die Mitglieder des Vereins der Seesteuerleute sind zum Theil active Offiziere.

Titel 1—8 der Reichscommissariate wird bewilligt.

Zum Titel 9 „Börsenausschuß und Berufskammer in Ehrengerichtssachen gegen Börsenbesucher" bemerkt

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vp.): Das neue Börsengesetz hat sich als durchaus verfehlt erwiesen; die schlimmsten Folgen sind auf dem Gebiete der Productenbörse herbeigeführt. Die Zerstörung der Productenbörse, die die unmittelbare Folge des Börsengesetzes war, hat vor Allem die Landwirthschaft geschädigt. (Heiterkeit rechts.) Das beweisen doch vielfache Zeugnisse aus dem Lande und von der Bromberger Handelskammer. Der Getreidemarkt ist geschädigt, er ist verringert und die Vorgänge auf ihm werden nicht mehr so genau bekannt. Die Wirkungen werden sich im neuen Jahre noch verstärken; dann wird unser Antrag auf Beseitigung des Börsengesetzes mit besserem Erfolg begründet werden können.

Abg. **Gamp** (Rp.): Die Prophezeiungen des Herrn Barth über die Zugrunderichtung der Börse sind nicht eingetroffen. Das Privatpublikum wird durch das Börsengesetz von der Speculation ausgeschlossen. Das ist schon ein großer Segen. (Sehr richtig! rechts.) Zur Beurtheilung der Interessen der Landwirthschaft fehlt dem Abg. Dr. Barth die nöthige Sachkenntniß. Im Zusammenwirken verschiedener Berufskreise kann doch keine Ehrenkränkung des einen gefunden werden. In Deutschland ist ferner der Getreidepreis nicht niedriger als im Auslande; wie sollte denn sonst ein Import nach Deutschland stattfinden können? Das könnte sich höchstens auf minderwerthige Sorten beziehen.

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vgg.): Es handelt sich nicht um die absolute Preisen, sondern nur darum: wie würden sich die Preise gestaltet haben, wenn das Börsengesetz nicht existirte! Wir behaupten, die Preise würden dann wegen der natürlichen Preisbildung höher sein.

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.): Die Preisbildung ist durch die Aufhebung des Terminhandels zur Ruhe gekommen, und das wollten wir vor Allem. Wenn das Oberverwaltungsgericht ungünstig in unserem Sinne entscheiden, d. h. sich der Entscheidung des Bezirksausschusses anschließen sollte, so werden wir die Lücke in der Gesetzgebung im Reichstag ausfüllen müssen. Vorläufig sind wir im allgemeinen mit dem Börsengesetz zufrieden. Aber die Umgehungen bestehen, die Frühbörse und Klosterbörse, müssen aufhören. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) vertritt dieselben Anschauungen.

Die Berathung wird hierauf vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 6¼ Uhr.

## Preußischer Landtag.

Berlin, den 24 Januar.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute zunächst mit dem Gesetze, das die Amtscautionen der Beamten beseitigen will, und das heute in gleicher Gestalt für die Reichsbeamten dem Reichstage zugegangen ist. Nur für eine Beamtenkategorie läßt das Gesetz die Cautionen bestehen und zwar für die Gerichtsvollzieher, weil ihre Cautionen zur Deckung der Ansprüche nicht nur des Staates, sondern auch geschädigter Privatpersonen dienen. Vom Centrum versuchte es der Abg. Jmwalle erfolglos, diese Ausnahme zu beseitigen; das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen. Die Berathung wandte sich sodann dem Comptabilitätsgesetze zu, dem Gesetze über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates. Herr von Miquel meinte, daß das Gesetz einem langjährigen Wunsche des Parlamentes entspreche und nur die Festlegung der bisher im Reiche und in Preußen geübten Praxis darstelle. Er hoffe daher auf eine leichte Verständigung in der Commission. Die gleiche Hoffnung sprach der Redner der Nationalliberalen, der jüngst gewählte Abg. Nöle, ein strebsamer Amtsrichter, aus. Nach langer Debatte, in der der Abg. Irmer wieder einmal für die preußischen Kronrechte ins Zeug ging, wurde das Gesetz an eine Commission zur Vorberathung verwiesen.

## Majestätsbeleidigungsprozesse.

Ueber die wider den „Kladderadatsch" wegen Majestätsbeleidigung erhobene Anklage veröffentlicht die nationalliberale „Berliner Börsenzeitung", der man nicht nachsagen kann, daß sie den preußischen Staat an allen vier Ecken anzuzünden den Wunsch habe, folgende Betrachtungen: „Wilhelm II. spricht gern öffentlich und vertritt mitunter Ansichten, die nur in kleinen Kreisen getheilt werden. Ihnen in anständiger Form zu widersprechen, sowohl mit kritischem Worte wie mit satirischem Scherze, ist jeder Staatsbürger vermöge der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Meinungsäußerung befugt. Die Staatsanwaltschaft scheint aber neuerdings den Sarakasmus an sich als unzulässig bekämpfen zu wollen, wenn auch eine Absicht der Beleidigung so wenig, wie das objective Vorhandensein einer solchen nachzuweisen ist. Damit würden wir zu einer krankhaften Ausdehnung des Schutzes des Monarchen kommen, wie sie im Orient üblich ist. Das Titelwesen verliert mit jedem Jahre an Bedeutung, der Staatsbürger achtet die Krone, aber er löst sich nicht mehr in Ehrfurcht auf, drängt sich nicht dazu „in tiefster Unterwürfigkeit zu ersterben", und das Wort Majestät ist zwar noch gebräuchlich, aber als bloße Form. Darum hat das deutsche Strafgesetzbuch das Wort Majestätsbeleidigung nicht aufgenommen, es stellt einfach die Beleidigung des Kaisers und Königs unter Strafe. Zu vorstehenden Bemerkungen giebt uns die gegen das Witzblatt „Kladderadatsch" erhobene Anklage wegen eines Bildes in der Nummer vom 28. November v. J. Anlaß. Der Kaiser hat in einer öffentlichen Ansprache an die Rekruten gesagt, wer kein braver Christ sei, der sei kein braver Mann und könne kein braver Soldat sein. Der deutschen Armee gehören aber viele tüchtige und zuverlässige Männer an, die nicht die christliche Taufe empfangen haben, viele Andere, die zwar getauft, aber nicht kirchlich gesinnt, also im Sinne der kaiserlichen Kundgebung als brave Christen nicht zu betrachten sind. In der verklagten Zeichnung sind nun vier berühmte Soldaten zusammengestellt, von welchen zwei, Alexander von Makedonien und Leonidas, nicht Christen, die beiden anderen, Napoleon I. und Friedrich II., nicht „brave Christen" gewesen sind. Die genannten „himmlischen Heerscharen" blicken lächelnd auf ein Zeitungsblatt, dessen Inhalt leicht zu errathen ist, auch textlich von einem schwarzen Herrn mit Horn und Pferdefuß erläutert wird. Dieser Teufel, vielleicht als Folie für die Verklärten gedacht, ist lediglich eine Plakat-Figur in der Rolle des römischen Pasquino. Satirisch ist die Zeichnung, aber harmlosester Art. Der Spott tritt im Kleide jovialer Laune auf, ohne jede Spur von Bosheit oder Schmähsucht. Gleichwohl ist das Bild zum Gegenstande einer Anklage erkoren worden, die am 25. d. M. verhandelt werden soll. Die Entscheidung ist von allgemeiner Bedeutung, weil die Verurtheilung jede spöttische Illustration verdammen und den Witzblättern den Garaus machen würde. Dabei kommt in Betracht, daß nach unserem Gesetz selbst die Gotteslästerung nur dann strafbar ist, wenn sie in beschimpfender Weise erfolgt war und öffentliches Aergerniß gegeben hatte. Das Maß von Kritik in Wort und Bild, in Ironie und Parodie, das Gott hinnehmen muß, wird auch für die Großen der Erde erträglich sein."

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte das Berliner Landgericht den Schneidergesellen Hermann Heise zu zwei Monaten Gefängniß. Wie sich aus der Urtelsverkündigung ergab, war der Angeklagte mit mehreren Mitgesellen in ein Gespräch über die vermeintlichen Jahreseinkünfte des deutschen Kaisers gerathen und hatte dabei einige nun unter Strafe gestellte Bemerkungen über das Staatsoberhaupt gemacht.

Die Strafkammer zu Torgau verurtheilte am 19. ds. den Maurer Robert Oenigk aus Berlin zu drei Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung. Am 4. September v. J. war Oenigk in seine Heimath nach Naundorf gefahren und dort in ein Local gegangen, wo der Kriegerverein das Sedanfest feierte. Beim Kaiserhoch soll er die Majestätsbeleidigung ausgesprochen haben. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängniß beantragt.

(Ende der Rubrik Politische Rundschau.)

## Arbeiterbewegung.

### Vom englischen Maschinenbauerstreik.

Der „Leipz. Volksztg." wird aus London unterm 22 Januar geschrieben: Daß die 48 Stunden-Forderung von den Leitern zurückgezogen worden ist, daran ist nichts mehr zu ändern. Aber soviel steht fest, daß die Ausständigen damit nicht einverstanden sind. Die Streikenden fordern noch einmal eine Abstimmung über den Achtstundentag sowie über die Vorschläge der Fabrikanten.

Daß die Abstimmung in der Weise abläuft, daß allen Machenschaften der Fabrikanten ins Gesicht geschlagen wird, ist nicht zu bezweifeln. Die Abstimmung findet spätestens am Mittwoch, den 26. Januar, statt. Die Fabrikanten verlangten erst definitive Antwort für den 21. d. Mts., mußten aber diese Forderung aufgeben, da sich sämmtliche Streikmittelpunkte weigerten, bis dahin definitive Antwort zu geben.

Auch haben die Herren Fabrikanten eingesehen, daß, trotzdem die Leiter des Streiks denselben aufgegeben haben, die Ausständigen noch lange nicht daran denken, wie die Schafe zur Arbeit zurückzukehren. Vielmehr ist das Gegentheil eingetroffen. Die Ausständigen haben sich um so fester verbunden. Keiner denkt daran, die früheren Eroberungen aufzugeben, um wieder in eine Lage zurückzukehren, die der erbärmlichsten Sclaverei gleichkommt. Denn die Forderungen, die die Geldprotzen stellen, sind dermaßen, daß kein Arbeiter mehr das Recht hat, sich in irgend einer Angelegenheit gegen das Vorgehen der Fabrikanten aufzulehnen. Also nöthige Unterwerfung der Arbeiter. O, du frommes englisches Capitalistenthum! Sonntags drei- bis viermal zur Kirche laufen und die Augen verdrehen und am Montag vor die Fabrik treten und die Knechte hineinpeitschen; ist das die Nächstenliebe? Pfui und drei Mal pfui! rufen die Ausständigen. Sie verlangen stürmisch und mit Begeisterung, daß die alten Rechte der englischen Maschinenbauer nicht angetastet werden, die ihnen bis jetzt ein einigermaßen menschliches Dasein sicherten. Die Fabrikanten mögen sich nicht einbilden, daß, weil die Leiter den Kampf für verloren erklärten, die Arbeiter derselben Meinung sind, sondern diese werden ihn durchführen und so heiß machen wie möglich.

Mit der Streikkasse ist es nicht so schlecht bestellt, wie allgemein angenommen wurde. Der Bestand derselben beträgt momentan noch 120 000 Pfd. Sterl.; also auf jeden Fall noch genug für mehrere Wochen.

Die Fabrikanten haben in den letzten Tagen wieder in 18 Firmen Aussperrungen vorgenommen, um die Arbeiter dem Hunger zu überliefern. Es ist erbärmlich, mit solch gemeinen Mitteln gegen Arbeiter, die sozusagen für vogelfrei erklärt sind und wie Hunde behandelt werden, ins Feld zu ziehen.

Der Fabrikantenring umfaßt bis jetzt 700 der herrlichen, liebenswürdigen Herren Fabrikanten.

Sollten bei solch niederträchtiger Behandlung die Arbeiter auf den Knieen vor die Thore der Fabriken rutschen und um Gnade betteln? Nein und dreimal nein. Aushalten und kämpfen bis zum letzten: das ist heute die Losung der Ausständigen in England.

Bereits beginnen auch die übrigen Trades Unions aufzuwachen und einzusehen, um was es sich hier handelt. Auch sie wollen die erkämpfte Freiheit von früher nicht so billig verkaufen. Wohlan, mögen sie in ihre vollen Säckel greifen und für die Munition garantiren. Und dann soll es ein Kampf werden, wie er bis heute noch nicht dagewesen ist.

Inzwischen tritt das Parlament zusammen, und dann heißt es, auch da soviel herauszudrücken, als herauszudrücken ist. Die Hauptsache ist, daß das Parlament die Contrakte mit den Fabrikanten nicht verlängert, und das soll die Waffe sein, die die Ausständigen versuchen, in ihre Hände zu bekommen. Und nun drauf und dran zum äußersten! —

## Aus aller Welt.

**Schweres Eisenbahnunglück.** Der Berlin-Kölner Schnellzug, der Mittags 12 Uhr 17 Minuten in Köln fällig ist, ist Montag, Vormittags 10 Uhr 12 Minuten, bei Herne entgleist. Es wurden fünf Personen getödtet, sechsundzwanzig verwundet, mehrere davon lebensgefährlich. Die Ursache des Unfalles ist darauf zurückzuführen, daß bei dem Uebergang über eine Weiche die Locomotive, der Tender und der Postwagen auf ein falsches Geleise übersprangen, während der übrige Theil des Zuges sich losriß und auf dem richtigen Geleise weiterlief. Die Strecke ist gesperrt; der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Ueber ein weiteres Eisenbahnunglück meldet man aus Euskirchen: Auf der Strecke Jünkerath-Köln entgleisten einige Wagen eines Güterzuges, in Folge dessen der gesammte hintere Zugtheil auffuhr. Fünfzehn Wagen sind vollständig zertrümmert, sie bilden ein gewaltiges Chaos. Der Materialschaden ist sehr groß. Das Zugpersonal konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen; einige Personen sind nur leicht verletzt.

**Cirkus Renz** in Hamburg ist nach dem „Börs. Cour." am Sonnabend an den Cirkusbesitzer Wulff verkauft worden.

**Ueber eine merkwürdige Rechtsprechung** berichtet die „Münchener Post". In Moosdorf in Bayern wurde ein vom deutschen Buchdruckerverband mit Reisegeld unterstützter Schriftsetzer wegen Landstreicherei verurtheilt, weil er etwa dreiviertel Jahre arbeitslos war. Der Hinweis, daß er Reiseunterstützung erhalte, machte auf den Amtsrichter keinen Eindruck, ja er meinte sogar daß diese Verbandsunterstützung auch nichts Anderes sei als Bettelei. Daß der Schriftsetzer sich durch seine Beitragsleistungen ein Recht auf die Unterstützung erworben, ließ der Richter ohne Würdigung. Auf eingelegte Berufung ermäßigte zwar das Landgericht zu Landshut die Strafe, doch erklärte auch dies Gericht den reisenden Schriftsetzer für einen Landstreicher. Es wird sich nun die höhere Instanz mit der Sache zu beschäftigen haben. Aehnliche Fälle sind übrigens in früheren Jahren schon mehrfach vorgekommen, doch mußten schließlich die Urtheile der unteren Instanzen wieder aufgehoben werden.

**Ein schlechter Scherz.** Am Sonntag verursachte ein lauter Knall in einer Kirche in Barcelona eine Panik. Wie der offiziöse Telegraph meldet, handelte es sich um einen „schlechten Scherz".

## Lokales.

Breslau, den 25. Januar 1898.

* **Eine recht unangenehme Ueberraschung** haben, wie der „Bresl. Ztg." geschrieben wird, in diesen Tagen die städtischen Behörden von Schmiedeberg erfahren. Sie glaubten bisher und mit ihnen auch die Bürgerschaft, daß die Kosten der gewährten militärischen Hilfeleistung bei Gelegenheit des letzten Hochwassers mit den in jener Zeit an die Soldaten täglich gezahlten Arbeitslöhnen und der Gewährung von Wohnung und Verpflegung aufgebracht seien und daß diese Angelegenheit, die den Stadtsäckel immerhin pro Tag gegen 100 Mk. kostete, damit ihre Erledigung gefunden hätte. Nun ist aber in den letzten Tagen noch eine nachträgliche Liquidation des Generalcommandos in Höhe von ca. 8000 Mark eingelaufen. Wie es heißt, entspricht dieselbe voll und ganz den vorhandenen militärischen Bestimmungen; man war aber der Meinung, daß in Anbetracht der Nothlage der überschwemmten Gemeinden von der Einziehung dieser Gelder abgesehen werden würde, zumal dem Kriegsminister Fonds zur Verfügung stehen, aus denen den Armee-Corps solche Ausfälle gedeckt werden könnten. — Selbstverständlich dürften nun auch die anderen Gemeinden, die militärische Hilfe beansprucht hatten, ähnliche Liquidationen erhalten. Recht merkwürdig kann es da der Gemeinde Erdmannsdorf ergehen. Das für den Ort beanspruchte militärische Commando arbeitete zunächst im königlichen Gutsbezirk, wurde aber von der Gemeinde in Wohnung und Verpflegung genommen. Als dann endlich auch in der Gemeinde mit den Aufräumungsarbeiten begonnen wurde, kam der telegraphische Befehl, welcher alle Truppen zurückrief. Trotzdem also Erdmannsdorf selbst nur wenig Hilfe erhalten hat, wird diesem Orte doch die Nachforderung ebenfalls zugehen. Man hofft indeß durch Vorstellungen an zuständiger Stelle einen Erlaß dieser Zahlungen allgemein zu erreichen.

* **Zum Umbau des Oberschlesischen Bahnhofes.** Während des bevorstehenden Umbaues des Oberschlesischen Bahnhofes in Breslau und der (alten) Breslauer Verbindungsbahn steht uns eine recht große, aber leider nicht zu vermeidende Unbequemlichkeit in Aussicht. Der ganze Personenverkehr des Oberschlesischen Bahnhofes soll nämlich, wie Herr Eisenbahnpräsident Wehrmann officiös bekannt giebt, für die Dauer der auf mindestens drei Jahre bemessenen Umbauarbeiten in einen provisorischen Bahnhof verlegt werden, zu welchem man den Hauptgüterschuppen des Güterbahnhofes Breslau OS., am Südende der Brüderstraße, gegenüber der Einmündung der Flurstraße in dieselbe, einzurichten gedenkt. Von der Verbindungsbahn bleibt während des Umbaues immer nur ein Gleis im Betriebe, und dieses wird von der Teichstraße aus hart an der Sadowastraße entlang geführt, um dann bei der Brüderstraße-Unterführung hinübergeleitet zu werden nach dem provisorischen Bahnhof. Auf diese Weise hält man die

Baustelle Oberschlesischer Bahnhof von allem Verkehre frei, und man hofft dann mit den Umbauarbeiten, die anderenfalls erheblich mehr Zeit in Anspruch nehmen, auch wohl viel kostspieliger werden würden, in etwa drei Jahren fertig werden zu können. Mit der Inangriffnahme der Bauarbeiten kann zunächst noch nicht vorgegangen werden. Erst muß der Landtag den dafür geforderten ersten Credit bewilligt haben, ehe auf die Projectirung und die Vorarbeiten besondere Mittel verwendet werden können, und erst wenn diese Vorarbeiten fertiggestellt sind, kann die Ausschreibung der Arbeiten und Lieferungen erfolgen.

* **Professor Dr. W. Sombart** in Breslau wurde nach einer Meldung aus Karlsruhe von der dortigen Technischen Hochschule der Regierung vorgeschlagen als Nachfolger des nach Zürich berufenen Prof. Herkner.

* **Die Oder** geht seit heute Nacht stark mit Treibeis. Da die Kälte im Freien mehr als — 10° C. beträgt, so wächst von den Ufern des Stromes her eine dünne Eisschicht in außerordentlicher Schnelle in den Strom hinaus, und mit Ausnahme der Stellen, an denen lebhafte Wasserbewegung herrscht, dürfte die Oder noch im Laufe des heutigen Tages Eisstand zeigen.

* **Zum Morde auf der Gerbergasse** wird geschrieben: Die Berliner Criminalpolizei war durch die Breslauer Polizeibehörde ersucht worden, Nachforschungen nach einem Lackirer Eugen K. anzustellen, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß er bei dem am 12. Januar in Breslau verübten Morde der 70jährigen Trödlerin Kartte betheiligt sei. K. hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er, obwohl in den ärmsten Verhältnissen lebend, nach dem 12. Januar viel Geld ausgegeben hat und einige Tage später aus Breslau verschwunden ist. Nunmehr gelang es, den K., der sich in Berlin unangemeldet aufhielt, festzunehmen. Er behauptete zuerst, am 17. Januar, am Tage seiner Abreise aus Breslau, in der Friedrich-Wilhelmstraße daselbst in ein Taschentuch eingewickelt 120 Mark in Silber und Gold gefunden, diesen Fund aber seiner Frau verheimlicht und das Geld theils zum Ankauf von Kleidern in Breslau, theils für die Reise nach Berlin und in dortigen Localen verausgabt zu haben. Als ihm vorgehalten wurde, daß er schon am 13. Januar in Breslau Wäsche, einen Anzug und eine Uhr gekauft habe, änderte er seine Angaben dahin, daß der Fund bereits am 8. oder 12. Januar geschehen sei. Er ist wegen Mordverdachtes dem Berliner Gerichte vorgeführt worden.

* **Bei einer Kahnpartie auf der Oder** verunglückten Sonntag, Abends 8 Uhr, drei junge Leute. Das Boot schlug in Folge des starken Sturmes um und alle drei ertranken. Es sind 1. der Sohn des Inhabers des Schiffsverladungsgeschäftes von Möbus auf der Herrenstraße, welcher zur Zeit als Comptoirist bei Dietzel u. Fromeier auf der Catharinenstraße hierselbst in Stellung war, 2. der Comptoirist Scheer hierselbst; 3. ein Mitglied eines Berliner Ruderclubs. Der Kahn ist an dem Rechen der Marienmühle angetrieben worden. — Obgleich gestern von zehn Booten aus die obere Oder vom Zoologischen Garten bis an die Breslauer Wehre eifrigst abgesucht wurde, war es bis zum Einbruch der Dunkelheit nicht gelungen, irgend eine Spur von einem der drei Verunglückten aufzufinden. Die Nachforschungen werden in noch größerem Umfange fortgesetzt werden.

* **Aus Noth zum Verbrecher** geworden ist ein junger Breslauer Kaufmann. Er wurde im November in Folge Krankheit stellungslos und sollte am 25. d. Mts. in Folge Klage des Hauswirthes Termin haben. Um sich zu helfen, beschaffte er sich für drei Mark Zweipfennigstücke, rollte dieselben und versah die Rolle mit der Aufschrift: „Fünfzig Mark in 50 Pf.-Stücken"; außerdem kaufte er ein Petschaft und versiegelte die Rolle. Er fuhr nach Brieg und versuchte, der „Brieger-Zeitung" zufolge, in verschiedenen Geschäften, die Rolle gegen Gold einzuwechseln. In einem Delicatessengeschäft gelang es ihm auch; doch durch baldiges Oeffnen wurde der Betrug entdeckt und in Folge baldiger polizeilicher Anzeige gelang die Verhaftung des Betrügers.

* **Einbruch.** In der Nacht zum 24. d. M. wurde in dem Hause Bahnhofstraße 10 (Ecke Palmstraße) in die dortigen Restaurationslocalitäten ein Einbruch verübt. Die Diebe waren von der Palmstraße aus durch ein Fenster eingestiegen und hatten in der Erwartung, Geld in der Kasse zu finden, zunächst ein Schreibpult erbrochen und dessen Inhalt durchwühlt; Geld fanden sie indeß darin nicht, da die Kasse stets mit in die Wohnung genommen wurde. Nachdem die Thäter sich darauf an Ort und Stelle, wie die zurückgelassenen Spuren erwiesen, mit Speise und Trank gelabt hatten, packten sie 43 Packete Cigarren zu je 100 Stück sowie eine große Menge Fleisch- und Wurstwaaren, sieben Flaschen Liqueure und ein Tönnchen Bratheringe zusammen und entfernten sich mit dieser Beute wieder durch das Fenster, welches man am Morgen beim Betreten des Locals offen fand. Die Cigarren sind in braunes Packpapier verpackt; die Packete zeigen die Aufschrift Colorado und Colorado Maduro.

* **Ertrunken.** Am 24. d. Mts., Vormittags, fuhren die Sandschiffer Pfingst und Belz mit einem mit Sand vollgeladenen Kahne zur Ausladestelle am Schlunge. Hier versank plötzlich der Kahn und die beiden Schiffer kamen in die Gefahr des Ertrinkens. Belz war schwimmkundig und vermochte noch das Ufer zu erreichen, Pfingst dagegen ging unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

* **Selbstmord.** Am 24. d. Mts., Abends, sprang ein Mann von der Universitätsbrücke in die Oder und ertrank.

* **Vermißt.** Die 23 Jahre alte Büglerin Emilie Hoffmann von der Adalbertstraße 41 hat sich am 20. d. Mts. aus ihrer Wohnung entfernt und wird seit dieser Zeit vermißt. Sie ist schlank und hat an der linken Halsseite eine tiefe Narbe. Bekleidet war sie bei ihrem Weggange mit rothem Kleid, schwarzer Schürze und Fischerschuhen.

## Schlesien.

**Zabrze,** 22. Januar. Bestattung der Opfer der Grubenkatastrophe. Heute Vormittag 10 Uhr fand, nach dem hiesigen Anzeiger, die Beerdigung der am 17. d. M. erstickten 8 Bergleute der Königin Luise-Grube statt. Die acht Särge standen in einer Baracke, die vollständig ausgeräumt und vermittelst Decoration in eine Kapelle umgewandelt war. Um den zu Tode gekommenen Bergleuten die letzte Ehre zu erweisen, waren die dienstfreien Kameraden der Königin Luise-Grube, sowie die der umliegenden Gewerkschaften unter Führung ihrer Betriebsbeamten mit Fahnen erschienen. Außerdem waren erschienen: Berghauptmann Pinno aus Breslau, Oberbergrath Hilger, Landrath Dr. Scheche von hier und der Director der Königin Luise-Grube Bergrath Remy mit den abkömmlichen Ober- und Subalternbeamten des Werkes. Die Geistlichen erschienen um 10 Uhr und segneten die Leichen ein, worauf die bereits geschlossenen Särge auf Leichenwagen gehoben und nach den resp. Kirchhöfen überführt wurden. Den Anfang machte der Leichenzug nach Preiswitz mit einem Sarge; es folgte sodann der Zug nach Alt-Zabrze mit drei Särgen und schließlich der nach Zaborze mit vier Särgen. Jeder Zug hatte an seiner Spitze eine uniformirte Gruberkapelle, es folgten dann die Deputationen mit Fahnen, die Leichenwagen und schließlich die Leidtragenden. Auf den Kirchhöfen angekommen, wurden die Särge in die Kirche getragen und eine größere Trauerfeierlichkeit abgehalten, sodann erfolgte die Ueberführung zur Gruft und das Einsenken.

## Versammlungsberichte.

* **Harmonie und Klassenkampf.** (Schluß.) Redner wendet sich dann zur Erörterung des von socialistischer Seite aufgestellten Grundsatzes des Klassenkampfs. Nehme man an, wie bei der Harmonietheorie, daß auch die Klassenkampftheorie richtig sei, so könne doch diese Theorie nicht unbedingte praktische Geltung erlangen. Wohl könne man absolute Ruhe, nicht aber absoluten Kampf fordern, wie das die socialistische Theorie thue. Der Begriff Kampf setze doch Widerstand des Gegners voraus. Aber der Klassenkampf höre doch auf, zu sein, sobald die andere, bekämpfte Klasse nicht mehr widerstehe, sondern nachgebe. Daß solches unmöglich sei, könne doch nicht behauptet werden. Daß unleugbar zunächst einzelne Angehörige der bekämpften Klassen sich entschließen, für die andere leidende Klasse einzutreten, wie das ja auch schon die Geschichte lehrt, ist nach Marx eine nebensächliche Erscheinung und hat mit den Klassenkämpfen an sich nichts zu thun. Redner behauptet demgegenüber an der Hand der Geschichte, daß solchen Erscheinungen keineswegs eine nebensächliche, sondern eine hauptsächliche Bedeutung in den Klassenkämpfen der Völker zukäme. So seien die beiden bedeutendsten Vorkämpfer des dritten Standes in der großen französischen Revolution, Mirabeau und Siéyès, Angehörige der beiden ersten und herrschenden Stände, des Adels und der Geistlichkeit gewesen. Die eifrigsten Förderer der in den Jahren 1806—7 in Preußen durchgeführten aufgeklärten Gesetzgeber, die Führer im Kampfe für die Gleichheit aller Bürger, waren Leute vom alten Adel, wie namentlich Freiherr von Stein, Herr von Altenstein und der nachmalige Fürst Hardenberg. Andere Beispiele ergeben uns u. A. die Reformation, deren hervorragendste Vorkämpfer Luther und fast alle seine Mitarbeiter der bekämpften Klasse angehörten. Und wenn wir noch weiter zurückschauen, finden wir selbst in den Sagen und Ueberlieferungen aller Völker immer, daß die Freiheit den Sklavenvölkern errungen wurde unter Führung von Personen aus den herrschenden Klassen oder Ständen. Seien denn nicht, um noch ein treffendes Beispiel aus der Gegenwart zu wählen, auch die bedeutendsten Männer der socialistischen Bewegung, diejenigen, welche die wissenschaftliche Grundlage derselben gegeben haben, Marx, Engels und Lassalle, Angehörige der Bourgeoisie, der herrschenden und von den Arbeitern bekämpften Klasse? Redner will daraus herleiten, daß es im Wesen der Klassenkämpfe liege, daß nicht eine einzelne Klasse geschlossen im Kampfe bleiben kann, sondern Zuzug und erhebliche Förderung aus der herrschenden und bekämpften Klasse erhalten muß. Dazu giebt es Beispiele genug, daß Unternehmer den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen. Redner verweist auf den Hamburger Großunternehmer Freese, der den Nachweis dafür antritt, daß der Achtstundentag nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Unternehmer nützlich sei. Sei es da nicht möglich, daß eine ganze Klasse von Unternehmern einmal, ihrem eigenen Nutzen entsprechend, solcher Forderung nachgebe? Die vermeintlich radikalste Forderung sei die der Beschränkung der großen Privatvermögen und doch sei es wohl denkbar, daß den Besitzern solcher Riesenvermögen einmal selbst die Angst überkommen werde vor den Folgen des ungeheuren Anwachsens ihrer Reichthümer. Redner sucht das an mehreren Beispielen zu erläutern. Es werde allmählich die Erkenntniß eintreten, daß manche Gegenstände des Reichthums der Aufwendung nicht werth sind, welche sie kosteten. Aber noch ein Anderes käme hinzu, was [illegible] sein werde, jene höhere Harmonie der Interessen herbeizuführen: das sei die Entwickelung des Beamtenthums zu einem wirklichen Organ der Gemeininteressen. Nach Marx ist das Beamtenthum nur ein Ausfluß der herrschenden Klassen und diese Kritik desselben sei unter den gegebenen Verhältnissen eine durchaus richtige. Trotzdem sehen wir die Socialisten im Beamtenthum an sich ein Organ für die Gemeininteressen, wie Redner an der Stellung der Socialisten zu den [illegible] nachzuweisen sucht. Auch an anderen Beispielen sei nachzuweisen, daß dieser leider nicht durchgeführte Charakter des Beamtenthums noch vorhanden sei. So treten die Magistrate ganz allgemein mehr für die eigentlichen Arbeiterinteressen ein, wie die Gemeindevertretungen. Eine Beamteneinrichtung, die der Gewerbegerichte, genieße volles Vertrauen auch bei den Arbeitern, das stütze sich nur auf die völlige Unparteilichkeit der dort fungirenden richterlichen Beamten [illegible]. Redner will, daß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, in das Beamtenthum einzudringen, d. h. in Staat und Gemeinde solle man auch Arbeiter als Beamte wählen können. So sei das Beamtenthum am Besten zur Förderung socialer Gerechtigkeit auszubilden. Den Nationalökonomen macht Redner den Vorwurf, daß sie vielfach lediglich theoretisiren, sich aber wenig praktisch bethätigen. Heute heiße die Frage: Sind wir dafür, daß die Arbeiter sich zum Kampfe organisiren? Und diese Frage müsse bejaht werden. Selbst den Interessen der Unternehmer diene die Organisation der Arbeiter. Nur die unorganisirte, unaufgeklärte Masse sei eine Gefahr für unsere Entwickelung, die organisirte Arbeiterschaft aber sei ein wichtiger Factor dieser Entwickelung im friedlichen Sinne. Die von sog. Praktikern bekundete Gegnerschaft gegen die Arbeiterorganisationen habe keine sachliche Berechtigung. Nicht der Mann, der nur den eigenen Betrieb kenne, sondern der Mann, welcher die Weltgeschichte kenne, sei hier zum Urtheil berufen. Sollen die Arbeiterorganisationen auch kämpfen? So laute die zweite Frage und auch diese müsse, wenn auch bedingterweise bejaht werden. Nicht könne Kampf um jeden Preis die Losung sein. Es sei hier wie bei der Entwicklung des Kriegswesens. Die militärische Organisation habe eine immer breitere Grundlage gewonnen, sie sei vom Söldnerheer zum stehenden Heer entwickelt und werde aus diesem auch nach den Bestrebungen des Socialismus im Volksheer eine noch breitere Basis gewinnen. Damit seien aber die Kriege immer seltener geworden. Eine gleiche Wirkung sollen und werden auch die starken Arbeiterorganisationen auf die Kampfeslust üben und wie der modernen Militarismus an Stelle der Kriege getreten sei, so werden die Arbeiterkampfesorganisationen den socialen Frieden garantiren. Nur im höchsten Nothfalle solle gekämpft werden. Dann aber auch mit voller Kraft und Entschiedenheit! (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende präcisirte dann den Standpunkt, den die Gesellschaft für ethische Cultur in den Kämpfen der Gegenwart einnehme und fordert zur Unterstützung dieser Bestrebungen auf. Eine kurze Discussion, an der sich die Herren Bergmann und Dr. Levi betheiligen, giebt dem Referenten, Herrn Dr. Jastrow, noch Gelegenheit, sich über die parlamentarischen Interessenkämpfe auszusprechen. Die Socialdemokratie werde den Standpunkt der absoluten Opposition sicher aufgeben, wenn sie einmal in ausschlaggebender Stärke im Parlament vertreten sein werde und die volle Verantwortung für ihr Verhalten bei der Beschlußfassung über das Staatsbudget zu tragen haben werde. Gegen 11 Uhr war die interessante Versammlung beendet.

## Neueste Nachrichten.

**Grünau,** 24. Januar. Heute Nachmittag um 2½ Uhr entgleisten von einem Güterzuge bei der Einfahrt in Grünau die ersten 10 Güterwagen. Ein Bremser ist leicht verletzt.

**Rom,** 25. Januar. In Voltri bei Genua kam es gestern zu ernsten Ruhestörungen. Eine Anzahl von Demonstranten sollte verhaftet werden, als die Volksmenge die Polizei angriff, um die Verhafteten zu befreien. Die mit einem Hagel von Steinen bombardirte Polizei feuerte. Zwei Ruhestörer wurden tödtlich verwundet, mehrere andere schwer verletzt. Militär ging nach dem Thatorte ab.

**Paris,** 25. Januar. In Folge der Zwischenfälle in der Kammersitzung vom Sonnabend hat der General-Staatsanwalt den Antrag auf Ermächtigung zur Strafverfolgung der Deputirten Graf de Bernis und Gerault-Richard der Kammer eingereicht.

Dem Generalprocurator ist von Emil Zola und dem verantwortlichen Verleger der „Aurore" eine Liste zugegangen, auf welcher die Namen von 104 Persönlichkeiten verzeichnet stehen, welche Zola als Zeugen zu vernehmen beantragt. Es befinden sich darunter Militärattachés, mehrere Botschafter europäischer Mächte, Senatoren, Abgeordnete, Generäle u. s. w. Weiter verlangt Zola Abschrift sämmtlicher Actenstücke aus dem ersten Dreyfus-Proceß, sowie des Briefes, auf Grund dessen Dreyfus' Verurtheilung erfolgte.

## Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. II. Tapezierer Bruno Cierpka, ev., Sedanstraße 15, mit Emma Kampe, kath., Sedanstr. 13. — Barbier Carl Wittur, kath., Vorwerksstraße 39, mit Pauline Seeliger, evang., Freiburgerstr. 31. — Tischler Carl Büttner, kath., Försterstraße 9, mit Selma Keppner, ev., Brandenburgerstr. 6. — Kunsttischler Paul Hübscher, ev., Klosterstr. 68, mit Elisabeth Stutzky, ev., ebenda.

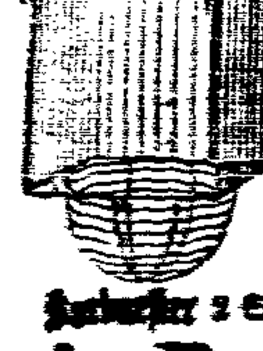
Geburten. III. Arbeiter Hermann Mohaupt, ev., T. — Maurer Paul Kurz, kath., T. — Schiffsbauer Gottlieb Maskos, ev., T. — Maurer Johann Burkert, kath., S. — Feuerwehrmann Max Schröter, ev., T. — Arbeiter Gustav Steinert, ev., S. — Maler Robert Schön, kath., T. — Kesselschmied Ladislaus Winkler, kath., T. — Maler Paul Heinrich, ev, Tochter.

Todesfälle. I. Emma, T. des Barbiers Carl Parchwitz, 19 T. — Hedwig, T. des Schlossers Hugo Blonczewski, 8 M. — Max, S. des Schmieds August Langer, 11 W. — Carl, S. des Kutschers Hugo Krug, 1 Tag. — Seilermeistersfrau Elisabeth Schubardt, geb. Wiesner, 65 J. — Schmiedemeisterswittwe Johanna Kreutzer, geb. Tripke, 70 J. — Arbeiter Franz Scholz, 48 J. — Hausdiener Josef Simon, 28 J. — Arbeiterfrau Martha Böhm, geb. Schmidt, 38 J. — Maria, T. des Arbeiters Anton Scholz, 7 M. — Georg, S. des Steuermanns Gustav Schwalbe, 3 M. — Arbeiterfrau Louise Hoffmann, geb. Böhm, 50 J. — Erich, S. des Barbiers Robert Wermuth, 3 Mon. — Schlosserfrau Anna Kober, geb. Aberle, 20 J. — Clara, T. des Sattlers Robert Welzel, 8 T. — Erwin, S. des Bäckers Robert Gläser, 4 Mon. — Speisewirth Julius Semper, 52 J. — II. Bruno, S. des Heizers Carl Büchner, 1 Tag. — Stobhut-Näherin Martha Thomas, 20 J. — Georg, S. des Haushälters Paul Wels, 6 W. — Zimmermannsfrau Pauline Melzer, geb. Weigelt, 39 J. — Bahnarbeiter-Wittfrau Marie Werner, geb. Kerber, 69 J. — Schmiedemeister Josef Pätzold, 63 J. — Arbeiter Gottfried Kluge, 55 J. — Kellner Carl Fiebig, 33 J. — Zimmermannsfrau Pauline Obst, geb. Kernke, 44 J. — Vergolder Eduard Besser, 69 J. — Hobler Friedrich Mandel, 57 J.


**Stadttheater.**
Dienstag:
Festspiel: Bilder aus der Geschichte des Breslauer Theaters.
Lebende Bilder.
„Der Dorfbarbier".
„Die schöne Galathé".
Mittwoch: „Armide".

**Lobetheater.**
Dienstag: „Jugendfreunde".
Mittwoch: „Mirandolina".
„Der zerbrochene Krug".

**Kanarienzüchter!**



Charpie [illegible]
A. David,
[illegible] 3043

**Oeffentl. Dachdecker-Versammlung**
Mittwoch, den 26. Januar, Abends 7½ Uhr, in den „3 Tauben", [illegible] 8.
Tagesordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
3064
Die Lohnkommission.

**Begräbnißverein der Töpfer.**
**General-Versammlung.**
Sonntag, den 30. Januar 1898, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn [illegible]
Zur Tages-Ordnung steht: [illegible] und Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3065
Der Vorstand.

**Vorläufige Anzeige.**
Der Socialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend
veranstaltet Sonnabend, den 23. April cr., in den Räumen des „Tivoli" sein diesjähriges Stiftungsfest.
Näheres durch spätere Inserate.
Der Vorstand.

**Hamburger Parteitags-Protokoll.**
Zu beziehen durch die
Expedition der „Volkswacht."

**Sumatra** feine helle Decken,
sowie sämmtliche zur Cigarren-Fabrikation erforderlichen
**Rohtabake**
3011 offerirt in grosser Auswahl billigst
**Johannes Kubis, Breslau,** Gneisenauplatz No. 1.

**Diebe**
[illegible] Zähne 2 Mk. Naturgetreu unt. Garantie. Reparatur sofort. Walth. Krause, Schweidnitzerstrasse 2 (v. Ringe rechts 2. Haus). Unbem. kostenl. [illegible] 8—9 V. 3066

**Vereins-Kalender.**
[illegible]

**Jesus von Nazareth.**
Historische Studie
von
Georg Lommel
19. Auflage.
**Preis 30 Pfennige.**
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes und sämmtlichen Colporteuren.

**Frauenfrage und Socialdemokratie**
von
Lily Braun-Gizycki.
Preis 20 Pfg.

Wie klage ich
Ein Rathgeber vor dem Gewerbe-Gericht
Preis 20 Pf.
[illegible]

**Nur gute Waare**
erhält bei uns jeder Käufer
**fabelhaft billig**
bei streng reeller Bedienung.
**Winter-Hosen**
in hübschen Mustern
**für Herren**
jeder Länge und Weite
**dick und warm**
echt Crimmitschau. Fabrikat
nur 3 Mk. 90 Pf.
auch dazu passende Westen
**„Goldene 74"**,
I. Etage, Ohlauerstraße 74.

3018
**Trauerhüte**
zu billigsten Preisen.
**D. Marcus**
Ohlauerstraße 42,
part. u. I. Et.